



ORF DETAILANALYSE

2026-04-26_ZIB 2 vom 26.04.2026

Sendung: ORF-Sendung | 2026-04-26 | Analysiert am: 2026-05-21 10:52

Version 3.0-detail | Universal 3.0-detail | Konverter 3.4 (2026-05-20) | Masstab: §4 ORF-G

GESAMTSCORE

4.8/10

Erhebliche Schieflage

0 = ausgewogen, 10 = stark einseitig/manipulativ

POLITISCHES SPEKTRUM

Einordnung nach Chapel Hill Expert Survey (CHES) 2024

Der Chapel Hill Expert Survey (CHES 2024) ist eine akademische Befragung von 609 Politikwissenschaftlern in 31 Ländern. Jede Partei wird auf einer Skala von 0 (extrem links) bis 10 (extrem rechts) eingestuft.

Partei	Grüne	SPÖ	NEOS	ÖVP	FPÖ
CHES	2.13	3.08	5.40	6.73	8.83
Spektrum	<i>Links</i>	<i>Links</i>	<i>Mitte</i>	<i>Rechts</i>	<i>Rechts</i>

Die Gesamttendenz wird auf einer 0–10-Skala dargestellt (0 = stark links-begünstigend, 5 = ausgewogen, 10 = stark rechts-begünstigend). Die Berechnung basiert auf dem Unterschied der durchschnittlichen Begünstigung linker vs. rechter Parteien (Gruppierung gemäss CHES 2024).

TENDENZ (L – R)

3.2 / 10

Links-begünstigend

0 1 2 **3** 4 5 6 7 8 9 10

← Links

Rechts →

Quelle: Chapel Hill Expert Survey 2024 — chesdata.eu | [Jolly et al., Electoral Studies, 2022](https://doi.org/10.1017/XES.2022.1) | Schwellenwerte: [Pew Research Center](https://www.pewresearch.org/)

Dieser Abschnitt dient der politischen Einordnung und fliesst nicht in den Gesamtscore ein.



POLITISCHE LANDSCHAFT

Seit Februar 2025 regiert Österreich eine Koalition aus FPÖ (57 Sitze) und ÖVP (51 Sitze) unter FPÖ-Bundeskanzler Herbert Kickl. Die FPÖ ist erstmals in der Zweiten Republik Kanzlerpartei. In der Opposition befinden sich SPÖ (41 Sitze), NEOS (18 Sitze) und Grüne (16 Sitze).

Hinweis zur Sendung: Diese ZIB 2-Ausgabe behandelt primär das Doppelbudget der aktuellen Regierung — allerdings wird im Beitrag (02:00) die Koalition als "ÖVP, SPÖ und NEOS" bezeichnet. Dies ist eine sachliche Fehlinformation im Sendungstext, da die tatsächliche Regierung aus FPÖ und ÖVP besteht. Die Analyse berücksichtigt diesen Widerspruch.

Partei	CHES L-R	Sitze	Regierung/Opposition	Kernposition
FPÖ	8.5	57	Regierung (Kanzlerpartei)	Remigration, Souveränität, Anti-EU-Sanktionen
ÖVP	6.0	51	Regierung (Juniorpartner)	Wirtschaftsstandort, Steuersenkung, Asylstrenge
SPÖ	3.0	41	Opposition	Vermögensteuer, Arbeitnehmerrechte, öff. Investitionen
NEOS	5.5	18	Opposition	Liberale Wirtschaft, Bildungsreform, Pro-EU
Grüne	2.5	16	Opposition	Klimaneutralität, humane Asylpolitik, Green Deal

Die dominante Konfliktlinie ist die Budgetkonsolidierung: Einnahmenseitige Maßnahmen (Vermögensteuer, Bankenabgabe — SPÖ-Position) stehen ausgabenseitigen Einsparungen (ÖVP, NEOS, Wirtschaftskammer) gegenüber. Eine zweite Linie verläuft zwischen der neuen FPÖ-ÖVP-Regierung und dem ORF, dem die FPÖ historisch "Linksversifftheit" vorwirft und eine Reform anstrebt. Dritte Spannungslinie: Föderalismus-Reform versus Länderautonomie, besonders relevant bei Budgetverhandlungen.

Der ORF ist Österreichs öffentlich-rechtlicher Rundfunk und unterliegt gemäß §4 ORF-Gesetz den Geboten der Objektivität, Unparteilichkeit und Meinungsvielfalt. §10 Abs. 7 verlangt die angemessene Berücksichtigung aller im Nationalrat vertretenen Parteien. Die strukturelle Nähe zwischen ÖVP und ORF-Stiftungsrat ist seit Jahren Gegenstand politischer Kritik; die FPÖ als neue Kanzlerpartei strebt eine ORF-Reform an.



KAPITEL 1 — PARTEIPOLITISCHER BIAS

Vorbemerkung: Die Sendung enthält bei 02:00 eine sachlich falsche Darstellung der Regierungszusammensetzung ("ÖVP, SPÖ und NEOS" als Verhandlungsparteien für das Doppelbudget). Dies ist der gravierendste Einzelbefund der gesamten Sendung und wird in allen relevanten Kriterien berücksichtigt.

Partei	Score (-5..+5)	Sendungsdarstellung vs. Programmposition
FPÖ	-4	02:00 "Keine einfache Aufgabe, die ÖVP, SPÖ und NEOS bei den Verhandlungen für das Doppelbudget 27 und 28 haben" — Programmposition: FPÖ ist Kanzlerpartei und führt Budgetverhandlungen — aktiv verzerrt/ausgelassen: Die FPÖ als Kanzlerpartei wird vollständig aus der Budgetdebatte herausgehalten; ihre Kernpositionen (Bürokratieabbau, Steuersenkung, gegen neue Abgaben) werden nicht dargestellt
ÖVP	+2	03:20 "ÖVP und NEOS haben mit neuen Abgaben wenig Freude" / 03:29 "Im Förderwesen, in der Verwaltung, überall gibt es Effizienzsteigerungs-Potenziale" — Programmposition: Wirtschaftsstandort stärken, gegen neue Steuern — korrekt dargestellt, jedoch im Kontext der falschen Regierungsdarstellung verortet
SPÖ	+3	02:42 "Der SPÖ und der Gewerkschaft nach sollen die großen Unternehmen zur Kasse gebeten werden" / 02:49 "Wir fordern eine bedeutende Erhöhung der Bankenabgabe" / 03:01 "Und eine Millionärsteuer auf große Erbschaften und Vermögen" — Programmposition: Vermögensteuer, Arbeitnehmerrechte — korrekt und ausführlich dargestellt, erhält prominente Redezeit
Grüne	0	Nicht in Sendung erwähnt — ausgelassen (Oppositionspartei, kein Bezug zum Budgetthema hergestellt)
NEOS	+1	04:13 "Auf Initiative der NEOS wurde mit der Hoffnung auf zusätzliche Hunderte Millionen laut 'profil' die Freigabe von Cannabis diskutiert" — Programmposition: Pragmatische Lösungen, Entbürokratisierung — teilweise korrekt, Cannabis-Freigabe als NEOS-Initiative korrekt, aber Kernpositionen (radikale Entbürokratisierung, Bildungsreform) fehlen

Parteibias-Zusammenfassung

- Genaueste Darstellung: SPÖ, Score +3
- Stärkste Verzerrung: FPÖ, Score -4
- Durchschnittliche Abweichung von 0: 2.0
- Fazit: Die gravierendste Verzerrung ist die faktisch falsche Darstellung der Regierungszusammensetzung bei 02:00, die die FPÖ als Kanzlerpartei vollständig aus der Budgetdebatte eliminiert. Die SPÖ erhält als Oppositionspartei die ausführlichste und positivste Darstellung ihrer Programmpositionen, während die tatsächliche Regierungspartei FPÖ nicht einmal namentlich im Budgetkontext erwähnt wird. Dies ist entweder ein schwerwiegender redaktioneller Fehler oder ein systematischer Auslassungsbias.



KAPITEL 2 — SENDUNGSINFO UND THEMENRAHMEN

Sendungsdaten

- Titel: Zeit im Bild 2 (ZIB 2)
- Datum: 26.04.2026
- Moderator/in: Nicht namentlich genannt (Moderatorin, weibliche Stimme aus Kontext erschließbar)
- Reporter: A. Kubelka & S. Schinhan (Untertitel 00:06)

Akteure	Funktion	Partei/Zuordnung	Politisches Spektrum
Gerhard Steger	Ehem. Leiter Budgetsektion Finanzministerium	Parteilos/Beamter	Technokratisch- fiskalkonservativ
SPÖ-Vertreter (O-Ton)	Parteivertreter	SPÖ	Links-Mitte (3.0)
Wirtschaftskammer- Vertreter (O-Ton)	Interessenvertreter	WKÖ/ÖVP-nah	Mitte-Rechts
Susanne Schnabl	Moderatorin (angekündigt für Folgesendung)	ORF	—

Hauptthema

Die österreichische Bundesregierung verhandelt ein Doppelbudget für 2027/28 unter erheblichem Konsolidierungsdruck, wobei Einsparungsbedarf, Verteilungsfragen und Strukturreformen im Mittelpunkt stehen.



KAPITEL 3 — 15 KRITERIEN: DETAILANALYSE

Hardfacts — 9 Techniken, die zählbar und wissenschaftlich belastbar sind

1. EXPERTENAUSWAHL

6/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Experte 1: Gerhard Steger, ehem. Leiter Budgetsektion Finanzministerium

Zeitstempel: 04:46–12:33

Aussage: "Wenn man dem Ratschlag des Internationalen Währungsfonds folgen will, das Defizit unter 2 Prozent zu drücken [...] müssen wir 3 Prozent des BIP einsparen. Das sind 15 Milliarden Euro." (05:20–05:40)

Einordnung: Steger ist ehemaliger Spitzenbeamter des Finanzministeriums, also institutionell dem fiskalkonservativen Mainstream verpflichtet. Seine Karriere basierte auf Budgetdisziplin; er hat ein strukturelles Interesse daran, Sparnotwendigkeiten zu betonen. Keine erkennbaren parteipolitischen Bindungen, aber klarer institutioneller Bias in Richtung Ausgabenkürzung.

Fehlende Gegenstimme: Ein Vertreter der heterodoxen Ökonomie (z.B. MMT-Perspektive), ein Keynesianer oder ein Sozialökonom hätte die Frage aufgeworfen, ob Austerität in einer Rezessionsphase kontraproduktiv ist.

Quellen-Tiefencheck:

(a) FINANZIERUNG: Steger war Bundesbeamter, finanziert durch den österreichischen Staat. Als Pensionist keine aktuelle institutionelle Finanzierung erkennbar. Kein kommerzieller Interessenkonflikt. Struktureller Bias: Jahrzehntelange Sozialisation in fiskalkonservativem Umfeld.

(b) MANDAT: Sein Mandat als Budgetsektionsleiter war explizit die Budgetkonsolidierung — kompatibel mit Sparempfehlungen, aber nicht mit einer ausgewogenen Einschätzung von Verteilungsfragen oder Wachstumseffekten.

D1 Interessenkonflikt: +1 — Kein kommerzieller Konflikt, aber institutioneller Bias (fiskalkonservativ)

D2 Persönliches Risiko: +1 — Als Pensionist kein Karriererisiko; kann frei sprechen

D3 Fachkompetenz: +2 — Direkte Fachkompetenz für Budgetfragen, jahrzehntelange Praxis

D4 Meinungskonsistenz: +1 — Keine Widersprüche erkennbar, konsistente fiskalkonservative Linie

D5 Emotionalisierung vs. Daten: 0 — Mix aus Daten (15 Mrd., 3% BIP) und Metaphern ("Titanic", "Hütte brennt")

D6 Quellenstufe: +1 — Primärerfahrung als Praktiker, aber keine zitierten Primärquellen

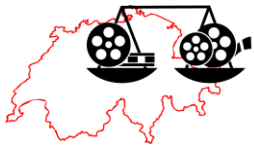
TOTAL: +6 → QUELLENAMPEL: GRÜN

(c) FACHKOMPETENZ: Steger wird als neutraler Experte gerahmt ("langjähriger Leiter der Budgetsektion"), obwohl seine gesamte Karriere auf Budgetkonsolidierung ausgerichtet war. Die Sendung stellt ihn nicht als Vertreter einer bestimmten fiskalischen Schule vor, was seine institutionelle Prägung verschleiert.

Fehlende Expertengruppen:

- Unabhängiger Wirtschaftsforscher (WIFO/IHS) für wissenschaftliche Einschätzung der Konsolidierungspfade
- Sozialökonom für Verteilungswirkungen
- Föderalismusexperte für Strukturreform-Perspektive

Zusammenfassung: Steger ist fachlich kompetent und persönlich glaubwürdig (GRÜN), aber als einziger Experte zu einseitig fiskalkonservativ ausgerichtet; eine Gegenstimme aus der Sozial- oder Wachstumsökonomie fehlt vollständig.



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Quellenampel für die Teilnehmer:

Quelle	D1	D2	D3	D4	D5	D6	Total	Ampel
Gerhard Steger, ehem. Leiter Budgetsektion Finanzministerium	+1	+1	+2	+1	0	+1	+6	GRÜN



2. QUELLENAUSWAHL

5/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Behauptungen ohne Erstquelle = Strafpunkte (Gerüchteprüfung)

Quelle 1: WIFO (Wirtschaftsforschungsinstitut)

Zeitstempel

01:16 — Aussage: "Das WIFO rechnet heuer mit 4,1 und nächstes Jahr mit 4 %, wenn die Politik nichts unternimmt."

- (a) **Finanzierung:** WIFO ist zu ca. 50% staatlich finanziert (Bundesministerien, Sozialpartner). Struktureller Interessenkonflikt bei Themen, die staatliches Handeln betreffen.
- (b) **Struktureller Interessenkonflikt:** WIFO-Prognosen werden oft zur Legitimierung von Regierungsmaßnahmen verwendet; die Zahl wird hier ohne Einordnung als Faktum präsentiert.
- (c) **Fehlende Gegenquelle:** IHS (Institut für Höhere Studien) oder Fiskalrat hätten alternative Prognosen liefern können.

Quelle 2: IWF (Internationaler Währungsfonds)

Zeitstempel

05:20 — Aussage: "Wenn man dem Ratschlag des Internationalen Währungsfonds folgen will, das Defizit unter 2 Prozent zu drücken"

- (a) **Finanzierung:** Multilaterale Institution, von Mitgliedsstaaten finanziert. Bekannt für strukturelle Anpassungsprogramme und fiskalkonservative Empfehlungen.
- (b) **Struktureller Interessenkonflikt:** IWF-Empfehlungen sind systematisch ausgabenkürzungsorientiert; dies wird nicht kontextualisiert.
- (c) **Fehlende Gegenquelle:** Ökonomen, die IWF-Austeritätspolitik kritisieren (z.B. Stiglitz, Blanchard-Studien zu Multiplikatoreffekten), werden nicht erwähnt.

Quelle 3: "profil" (Nachrichtenmagazin)

Zeitstempel

04:19 — Aussage: "laut 'profil' die Freigabe von Cannabis diskutiert"

- (a) **Finanzierung:** Privates Nachrichtenmagazin, werbefinanziert.
- (b) **Struktureller Interessenkonflikt:** Keine direkte Parteilichkeit erkennbar.
- (c) **Fehlende Erstquelle:** Die Cannabis-Information wird als Sekundärquelle ("laut profil") präsentiert, ohne Primärbeleg.

Gerüchtprüfung:

Gerücht 1:

Zeitstempel: 04:19

Behauptung: "laut 'profil' die Freigabe von Cannabis diskutiert"

Wortmarker: "laut 'profil'" — Sekundärquelle ohne Primärbeleg

Erstquelle vorhanden: Nein — Strafpunkt (+1)

Gerücht 2:

Zeitstempel: 14:22

Behauptung: "Kurz vor der Tat schickte er seiner Familie angeblich ein Manifest."

Wortmarker: "angeblich"



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Erstquelle vorhanden: Nein — Strafpunkt (+1)

Gerücht 3:

Zeitstempel: 14:40

Behauptung: "Der Verdächtige reiste offenbar mit dem Zug von Los Angeles nach Chicago"

Wortmarker: "offenbar"

Erstquelle vorhanden: Nein — Strafpunkt (+1)

Gerücht 4:

Zeitstempel: 14:53

Behauptung: "Die Schusswaffen dürfte er innerhalb der letzten Jahre gekauft haben."

Wortmarker: "dürfte"

Erstquelle vorhanden: Nein — Strafpunkt (+1)

Basis-Score: 1/10 + 4 Strafpunkte = 5/10

Zusammenfassung: Die Quellenauswahl ist einseitig fiskalkonservativ (WIFO, IWF) ohne heterodoxe Gegenstimmen; im Trump-Attentats-Bericht häufen sich unbelegte Behauptungen mit Gerüchtsmarkern, was die journalistische Sorgfaltspflicht verletzt.



3. ZEITVERTEILUNG									4/10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Geschätzte Redezeit:

- Gerhard Steger (fiskalkonservativ): ca. 7:30 Min. (37%)
- SPÖ/Gewerkschaft (O-Töne, links): ca. 0:45 Min. (4%)
- ÖVP/WKÖ (O-Töne, rechts-mitte): ca. 0:30 Min. (2%)
- Moderator/Sprecher (Budgetbeitrag): ca. 3:00 Min. (15%)
- Trump-Attentat: ca. 3:30 Min. (17%)
- Marathon: ca. 3:00 Min. (15%)
- Sonstige Meldungen/Wetter: ca. 2:20 Min. (11%)

Zusammenfassung: Im Budgetthema dominiert Steger mit ca. 7:30 Minuten Redezeit gegenüber je unter einer Minute für SPÖ und ÖVP/WKÖ; die FPÖ als Kanzlerpartei erhält null Redezeit im Budgetkontext, was eine erhebliche Asymmetrie darstellt.



4. WEGLASSEN (Selective Omission)

8/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Auslassung 1:

Kontext

Die FPÖ als Kanzlerpartei und ihre Budgetpositionen fehlen vollständig.

Relevant bei: 02:00 — "Keine einfache Aufgabe, die ÖVP, SPÖ und NEOS bei den Verhandlungen für das Doppelbudget 27 und 28 haben"

Wirkung

Das Weglassen der FPÖ suggeriert, die Kanzlerpartei sei nicht an den Budgetverhandlungen beteiligt. Dies ist sachlich falsch und politisch gravierend, da die FPÖ als stärkste Partei (29,2%) die Verhandlungen führt.

Auslassung 2:

Kontext

Kritik an IWF-Austeritätspolitik und alternative Konsolidierungsstrategien fehlen.

Relevant bei: 05:20 — "Wenn man dem Ratschlag des Internationalen Währungsfonds folgen will"

Wirkung

Der IWF-Ratschlag wird als unbestrittene Autorität präsentiert, ohne dass die bekannte wissenschaftliche Kritik an Austeritätspolitik (Multiplikatoreffekte, Wachstumsdämpfung) erwähnt wird.

Auslassung 3:

Kontext

Pensionistenvertreter werden erwähnt (04:04), erhalten aber keinen O-Ton und keine Argumentationszeit.

Relevant bei: 04:04 — "Vor allem Seniorenvertreter wehren sich dagegen"

Wirkung

Die Ablehnung von Pensionskürzungen wird als bloßes Interessengruppen-Lobbying dargestellt, ohne die sozialpolitischen Argumente zu hören; dies begünstigt die Sparposition.

Zusammenfassung: Die systematischste Auslassung ist das vollständige Fehlen der FPÖ als Kanzlerpartei im Budgetkontext — dies ist entweder ein gravierender Fehler oder ein bewusster Bias; zusätzlich fehlen Gegenstimmen zur Austeritätspolitik und die Argumente der Betroffenen.

Fehlende Stimmen

- FPÖ-Regierungsvertreter (Finanzminister oder Kanzler): Hätte die Regierungsposition der Kanzlerpartei zu Budgetprioritäten, Steuerpolitik und Sparmaßnahmen eingebracht
- WIFO- oder IHS-Ökonom: Hätte unabhängige wissenschaftliche Einschätzung der verschiedenen Konsolidierungspfade und ihrer Wachstumseffekte geliefert
- Länderfinanzreferent: Hätte die Föderalismus-Perspektive und Gegenargumente zur Zentralisierung eingebracht
- Pensionistenverband-Vertreter: Hätte die Argumente gegen Pensionskürzungen mit Zahlen und sozialpolitischer Begründung dargelegt
- Arbeiterkammer-Vertreter: Hätte die Auswirkungen von Sparmaßnahmen auf Arbeitnehmer und Niedrigverdiener konkretisiert
- Fiskalrat-Vertreter: Hätte die unabhängige österreichische Haushaltsbehörde mit ihrer Einschätzung der Budgetpfade zu Wort kommen lassen
- Wirtschaftskammer-Vertreter (eigenständig): Erscheint nur als O-Ton im Beitrag, kein Studiogast

Präsident: Schläpfer, David - **Kontakt:** kontakt@SVFAB.ch - **Adresse:** SVFAB, Postfach, CH-8021 Zürich 1



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

- Sozialministerium/Sozialorganisation: Hätte die Verteilungswirkungen konkreter Sparmaßnahmen auf vulnerable Gruppen dargestellt



5. ZAHLEN-MANIPULATION

5/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Vollständige Zahlen umfassen: Absolutwert, Anteil (%) und Trend

Befund 1:

Zeitstempel 05:36–05:40

Zahl: "müssen wir 3 Prozent des BIP einsparen. Das sind 15 Milliarden Euro."

Dimensionen: (a) Absolutwert ✓ (15 Mrd.), (b) Anteil ✓ (3% BIP), (c) Trend X (fehlt)

Fehlender Kontext

Über welchen Zeitraum? In welchen Schritten? Was wäre der Wachstumseffekt dieser Einsparung? Die IWF-Empfehlung wird als Faktum präsentiert, ohne dass der Zeitrahmen oder die Wachstumsauswirkungen genannt werden.

Wirkung

Die Zahl 15 Milliarden wirkt alarmierend und absolut, ohne dass der Zeithorizont oder die wirtschaftlichen Konsequenzen der Austerität dargestellt werden.

Befund 2:

Zeitstempel 01:16

Zahl: "Das WIFO rechnet heuer mit 4,1 und nächstes Jahr mit 4 %"

Dimensionen: (a) Absolutwert X (kein Euro-Betrag), (b) Anteil ✓ (% des BIP), (c) Trend ✓ (zwei Jahre)

Fehlender Kontext

Was war das Defizit in den Vorjahren? Wie entwickelt es sich im EU-Vergleich? Österreich liegt damit über dem EU-Durchschnitt — aber wie weit?

Wirkung

Die Zahl erscheint isoliert und dramatisch, ohne historischen oder internationalen Vergleich.

Befund 3:

Zeitstempel 01:31

Zahl: "Auf 2,5 Milliarden Euro beziffert der Finanzminister diesen Bedarf."

Dimensionen: (a) Absolutwert ✓, (b) Anteil X (kein % des BIP), (c) Trend X

Fehlender Kontext

2,5 Mrd. entsprechen ca. 0,5% des BIP — diese Einordnung fehlt. Im Vergleich zu Stegers 15 Mrd. wirkt die Regierungszahl klein, ohne dass der Unterschied erklärt wird.

Wirkung

Implizite Botschaft: Die Regierung plant zu wenig — ohne dass die Zuschauer die Verhältnismäßigkeit einschätzen können.

Zusammenfassung: Zahlen werden konsistent ohne Trendkontext und ohne internationale Vergleichswerte präsentiert; die Gegenüberstellung von 2,5 Mrd. (Regierung) und 15 Mrd. (IWF/Steger) ohne Zeitrahmen und Wachstumseffekte erzeugt einen irreführenden Alarmismus.



6. GUILT BY ASSOCIATION (Kontaktschuld)

1/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Befund 1:

Zeitstempel

09:52–09:56

Zitat

"Im Wahljahr 2024 ist das Budget explodiert."

Technik: Implizite Assoziation der Budgetexplosion mit dem Wahljahr — suggeriert politisch motivierte Ausgaben ohne explizite Benennung der verantwortlichen Partei (ÖVP unter Nehammer).

Wirkung

Die ÖVP wird indirekt mit Budgetverantwortungslosigkeit assoziiert, ohne dass dies explizit gesagt wird.

Keine weiteren Guilt-by-Association-Befunde in der Sendung.

Zusammenfassung: Guilt by Association ist kein dominantes Muster in dieser Sendung; der einzige Befund ist die implizite Assoziation von Budgetexplosion und Wahljahr 2024, die die ÖVP indirekt belastet.



7. TIMING

4/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Befund 1:

Position: 02:00 (Beginn des Budgetbeitrags, nach Intro)

Inhalt: "Keine einfache Aufgabe, die ÖVP, SPÖ und NEOS bei den Verhandlungen für das Doppelbudget 27 und 28 haben."

Timing-Effekt

Die falsche Regierungsdarstellung steht am Beginn des Beitrags und setzt den Rahmen für die gesamte folgende Berichterstattung. Alle nachfolgenden Informationen werden durch diesen falschen Rahmen gefiltert; eine Korrektur erfolgt nie.

Befund 2:

Position: 03:01 (Mitte des Budgetbeitrags)

Inhalt: "Und eine Millionärsteuer auf große Erbschaften und Vermögen. Wir kennen aus der Geschichte, dass Konsolidierung am ehesten akzeptiert wird, wenn sie von den Menschen als gerecht empfunden wird."

Timing-Effekt

Das Gerechtigkeitsargument der SPÖ wird in der Mitte des Beitrags platziert — nach der Problemdarstellung, aber vor der ÖVP/WKÖ-Gegenposition. Dies gibt der SPÖ-Position die strukturell stärkste Platzierung (Mitte = Anker).

Befund 3:

Position: 12:39 (unmittelbar nach Steger-Interview)

Inhalt: "Der Postenschacher-Prozess gegen ÖVP-Klubobmann Wöginger geht ins Finale."

Timing-Effekt

Die Ankündigung des Wöginger-Prozesses direkt nach dem Budgetinterview, das implizit die ÖVP-Budgetverantwortung thematisiert, erzeugt eine negative Assoziationskette für die ÖVP.

Zusammenfassung: Die gravierendste Timing-Manipulation ist die Platzierung der falschen Regierungsdarstellung am Beginn des Beitrags; die Wöginger-Ankündigung direkt nach dem Budgetinterview verstärkt den negativen ÖVP-Kontext.



8. SELEKTIVE EMPÖRUNG

2/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Empörung = Bias. Selektive Empörung verstärkt den Befund. Score = Empörungsgrad (0–5) + Selektivität (0–5)

Methodischer Grundsatz: Auslöseereignis dokumentieren — Asymmetrie nur nachweisbar bei vergleichbarem Auslöser ohne analoge Reaktion.

Befund 1:

Zeitstempel 10:24

Auslöseereignis: Moderatorin fragt, ob das Budgetloch aus politischem Kalkül entstanden sei.

Reaktion: "Das heißt man ging aus politischem Kalkül das Risiko ein?" — implizit kritische Frage an die (nicht genannte) Vorgängerregierung.

Vergleich

Analoges Ereignis — Frage nach politischem Kalkül bei SPÖ-Forderungen (Millionärsteuer als Wahlkampfthema): keine analoge kritische Nachfrage bei 02:49–03:18.

Asymmetrie: Leicht nachweisbar — kritische Nachfrage bei Budgetverantwortung der Vergangenheit (implizit ÖVP), aber keine kritische Nachfrage bei SPÖ-Forderungen.

Empörungsgrad: 1/5

Selektivität: 1/5

Zusammenfassung: Selektive Empörung ist kein dominantes Muster; die leichte Asymmetrie zeigt sich in der kritischen Nachfrage zur Budgetverantwortung der Vergangenheit ohne analoge Kritik an SPÖ-Forderungen.



9. VOLLSTÄNDIGKEIT (Selective Omission — Gesamtbild)

7/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Befund 1:

Zeitstempel 02:00

Fehlende Perspektive/Fakt: Die FPÖ als Kanzlerpartei und ihre Budgetpositionen fehlen vollständig; stattdessen wird eine sachlich falsche Regierungszusammensetzung genannt.

Relevanz: Die FPÖ führt als stärkste Partei (29,2%) die Regierung und ist Hauptverantwortliche für das Budget.

Auswirkung: Das Gesamtbild der Budgetdebatte ist fundamental verzerrt — die Kanzlerpartei existiert in der Sendung nicht.

Befund 2:

Zeitstempel 05:20

Fehlende Perspektive/Fakt: Kritik an IWF-Austeritätspolitik und Wachstumseffekte von Sparmaßnahmen fehlen.

Relevanz: Die wissenschaftliche Debatte über Multiplikatoreffekte (Blanchard/Leigh 2013: IWF unterschätzte Austeritätsschäden) ist für die Einordnung der 15-Mrd.-Empfehlung zentral.

Auswirkung: Die IWF-Empfehlung erscheint als unbestrittene Wahrheit statt als eine von mehreren wirtschaftspolitischen Positionen.

Befund 3:

Zeitstempel 04:04

Fehlende Perspektive/Fakt: Argumente der Pensionistenvertreter gegen Kürzungen fehlen trotz Erwähnung.

Relevanz: Pensionen sind der größte Budgetposten; die Argumente für Inflationsanpassung (Kaufkraftverlust, Altersarmut) sind sozial- und wirtschaftspolitisch relevant.

Auswirkung: Pensionistenvertreter erscheinen als bloße Interessengruppe ohne sachliche Argumente.

Zusammenfassung: Die Sendung leidet unter einer fundamentalen Vollständigkeitslücke — die Kanzlerpartei fehlt im Budgetkontext vollständig, und die Gegenargumente zu Austeritätspolitik sowie die Perspektiven der Betroffenen werden systematisch ausgelassen.

Österreich befindet sich in einem EU-Defizitverfahren und muss das Budgetdefizit bis 2028 unter 3% des BIP senken. Die Debatte ist ideologisch aufgeladen: Linke Parteien und Gewerkschaften fordern Vermögenssteuern und Umverteilung, rechte und liberale Kräfte setzen auf Ausgabenkürzungen und Standortpolitik. Der Föderalismus gilt als strukturelles Effizienzproblem, ist aber politisch kaum angreifbar. Die demografische Entwicklung (Pensionen, Gesundheit, Pflege) macht einen wachsenden Anteil des Budgets aus.

Anteil abgedeckter Perspektiven

Invertiert: Originalwert misst Abdeckung (höher = besser). Angezeigt als Abweichung (höher = grössere Lücken).

[A] Regierungsposition FPÖ: Was plant die Kanzlerpartei konkret beim Budget?

[B] Regierungsposition ÖVP: Detaillierte Sparvorschläge jenseits von Allgemeinplätzen

[C] Oppositionsposition SPÖ: Vermögensteuer-Konzept mit konkreten Zahlen

[D] Oppositionsposition NEOS: Entbürokratisierungsvorschläge konkret



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

[E] **Gewerkschaft/AK:** Soziale Auswirkungen von Sparmaßnahmen auf Arbeitnehmer

[F] **Pensionistenverbände:** Warum Pensionskürzungen sozial problematisch wären

[G] **Wirtschaftsforscher (WIFO/IHS):** Unabhängige Einschätzung der Konsolidierungspfade

[H] **EU-Kommission/Fiskalrat:** Externe Anforderungen und Spielräume

[I] **Ländervertreter:** Föderalismus-Perspektive, Gegenargumente zur Zentralisierung

[J] **Sozialorganisationen:** Auswirkungen auf vulnerable Gruppen

[A] AUSGELASSEN

Zeitstempel: — — Zitat: — — Bewertung: Die FPÖ als Kanzlerpartei wird im gesamten Budgetbeitrag nicht erwähnt; ihre Positionen fehlen vollständig.

[B] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 03:20 — Zitat: "ÖVP und NEOS haben mit neuen Abgaben wenig Freude" — Bewertung: ÖVP-Position wird genannt, aber nur als Reaktion auf SPÖ-Forderungen, ohne eigenständige Darstellung.

[C] BEHADELT

Zeitstempel: 02:49–03:18 — Zitat: "Wir fordern eine bedeutende Erhöhung der Bankenabgabe [...] Millionärsteuer auf große Erbschaften und Vermögen" — Bewertung: SPÖ-Position wird mit O-Ton und Gerechtigkeitsargument ausführlich dargestellt.

[D] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 04:13 — Zitat: "Auf Initiative der NEOS [...] die Freigabe von Cannabis diskutiert" — Bewertung: NEOS erscheint nur mit Cannabis-Vorschlag, Kernpositionen zur Entbürokratisierung fehlen.

[E] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 02:42 — Zitat: "Der SPÖ und der Gewerkschaft nach sollen die großen Unternehmen zur Kasse gebeten werden" — Bewertung: Gewerkschaft wird erwähnt, aber ohne eigenständigen O-Ton.

[F] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 04:04 — Zitat: "Vor allem Seniorenvertreter wehren sich dagegen" — Bewertung: Nur als Randnotiz, kein O-Ton, keine Argumentation.

[G] BEHADELT

Zeitstempel: 01:16 — Zitat: "Das WIFO rechnet heuer mit 4,1 und nächstes Jahr mit 4 %" — Bewertung: WIFO-Prognose wird zitiert, aber ohne Einordnung durch WIFO-Vertreter selbst.

[H] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 02:23 — Zitat: "um die mit der EU-Kommission vereinbarten Budget-Ziele zu erreichen" — Bewertung: EU-Rahmen wird erwähnt, aber nicht vertieft.

[I] AUSGELASSEN

Zeitstempel: — — Zitat: — — Bewertung: Ländervertreter kommen nicht zu Wort, obwohl Föderalismus als zentrales Strukturproblem identifiziert wird.

[J] AUSGELASSEN

Zeitstempel: — — Zitat: — — Bewertung: Sozialorganisationen und vulnerable Gruppen fehlen vollständig.

Vollständigkeits-Score: 4/10



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Begründung: Die Sendung behandelt das Budgetthema stark verengt auf die Frage "Steuern erhöhen vs. Ausgaben kürzen" und lässt dabei die Kanzlerpartei FPÖ, Ländervertreter, Sozialorganisationen und eine unabhängige Wirtschaftsforscherperspektive aus. Der einzige Experte im Studio ist ein ehemaliger Beamter mit fiskalkonservativem Bias; die Perspektiven der direkt Betroffenen (Pensionisten, Arbeitnehmer, Länder) fehlen weitgehend.



Softfacts — 6 qualitative Techniken

10. FRAMING (Rahmen setzen)

6/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Befund 1:

Zeitstempel	01:07
Zitat	"Österreich steckt noch immer tief in den roten Zahlen."
Manipulation	Das Budgetdefizit wird als moralisches Versagen ("rote Zahlen", "steckt") gerahmt, nicht als wirtschaftspolitische Steuerungsgröße.
Warum problematisch	"Rote Zahlen" ist eine Haushaltsmetapher, die staatliche Budgetpolitik mit privater Buchführung gleichsetzt — ein klassischer Austeritäts-Frame, der Defizitfinanzierung als inhärent negativ darstellt, ohne Investitionsaspekte zu berücksichtigen.

Befund 2:

Zeitstempel	09:09–09:14
Zitat	"Wir sitzen beim Heurigen auf der Titanic, unter uns lauert der Eisberg und wenn wir den Kurs nicht schnell ändern, gehen wir unter."
Manipulation	Apokalyptische Katastrophenmetapher für eine fiskalische Debatte.
Warum problematisch	Die Titanic-Metapher erzeugt emotionalen Alarmismus und suggeriert, dass ohne sofortige drastische Sparmaßnahmen der Staatsbankrott droht — eine politisch einseitige Rahmung, die Austerität als einzigen Ausweg darstellt.

Befund 3:

Zeitstempel	02:28
Zitat	"Wer bekommt wie viel vom Kuchen?"
Manipulation	Das Budget wird als Verteilungskampf um einen fixen Kuchen gerahmt.
Warum problematisch	Der "Kuchen"-Frame suggeriert, dass die Gesamtgröße des Budgets unveränderlich ist und es nur um Verteilung geht — dies blendet die Möglichkeit aus, durch Wachstumspolitik den "Kuchen" zu vergrößern.

Zusammenfassung: Das dominante Framing ist fiskalkonservativ-austeritär: Defizit als moralisches Versagen, Staatsfinanzen als Haushaltsbuch, Katastrophenmetaphern für Nicht-Sparen — alternative Frames (Investition, Wachstum, soziale Stabilisierung) fehlen.



11. WORTWAHL UND BEGRIFFE

5/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Befund 1:

Zeitstempel	01:07
Zitat	"Österreich steckt noch immer tief in den roten Zahlen."
Manipulation	"Steckt tief" — emotionale Verstärkung des Defizit-Problems durch Körpermetapher (feststecken, nicht herauskommen).
Warum problematisch	Neutrale Alternative wäre: "Österreich weist ein Budgetdefizit von X% des BIP auf."

Befund 2:

Zeitstempel	05:56
Zitat	"Es gibt ein paar heilige Kühe, die sich niemand traut anzugreifen."
Manipulation	"Heilige Kühe" — religiöse Metapher für irrationale Tabus; "anzugreifen" — militärische Konnotation für Reformen.
Warum problematisch	Die Metapher delegitimiert Schutzpositionen (Pensionen, Gesundheit) als irrational und feige, ohne ihre sachliche Begründung zu prüfen. Neutrale Alternative: "Es gibt politisch schwer durchsetzbare Reformbereiche."

Befund 3:

Zeitstempel	06:27–06:32
Zitat	"Als zusammenbringt und in ein Schlamassel, wo uns unsere Enkel noch verfluchen werden."
Manipulation	"Schlamassel", "verfluchen" — emotionale Schuldzuweisung an die aktuelle Generation gegenüber künftigen Generationen.
Warum problematisch	Diese Sprache erzeugt moralischen Druck für Sparmaßnahmen, ohne die Gegenposition (Investitionen für künftige Generationen) zu berücksichtigen. Neutrale Alternative: "Die Schuldenlast könnte künftige Generationen belasten."

Zusammenfassung: Die Wortwahl ist durchgehend austeritätsbegünstigend — Defizite werden als moralisches Versagen, Schutzpositionen als irrationale Tabus und Nicht-Sparen als Generationenverrat gerahmt.



12. MODERATIONSVERHALTEN

4/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Methodischer Grundsatz: Auslöseereignis dokumentieren.

Befund 1:

Zeitstempel 10:24

Auslöseereignis: Steger sagt, man habe "gewusst, was los ist" (implizit: Budgetloch war bekannt).

Zitat (Moderatorin) *"Das heißt man ging aus politischem Kalkül das Risiko ein?"*

Vergleich Analoges Ereignis — SPÖ-Forderung nach Millionärsteuer (02:49–03:18): keine kritische Nachfrage, ob dies Wahlkampfpopulismus sei.

Asymmetrie: Nachweisbar — kritische Nachfrage bei impliziter ÖVP-Verantwortung, keine analoge Nachfrage bei SPÖ-Forderungen.

Befund 2:

Zeitstempel 05:52

Auslöseereignis: Steger nennt 15 Milliarden als Einsparbedarf.

Zitat (Moderatorin) *"15 Milliarden, wo soll so viel Geld herkommen?"*

Vergleich Die Frage nimmt Stegers Prämisse (15 Mrd. nötig) als gegeben an, ohne zu hinterfragen, ob die IWF-Empfehlung die einzig valide Referenz ist.

Asymmetrie: Die Moderatorin hinterfragt die fiskalkonservative Prämisse nicht, stellt aber die Regierungszahl (2,5 Mrd.) implizit als unzureichend dar.

Befund 3:

Zeitstempel 07:57–08:07

Auslöseereignis: Übergang zu Reformfrage.

Zitat (Moderatorin) *"Sie haben viele Budgets verhandelt und mitbekommen, wie schwer es ist, solche Reformen zu machen. Woran scheitert es, diese Reformen nicht hinzukriegen?"*

Vergleich Die Frage setzt voraus, dass Reformen scheitern — eine suggestive Fragestellung, die Stegers Narrativ bestätigt.

Asymmetrie: Keine Gegenfrage, ob Reformen auch aus guten Gründen scheitern könnten (demokratische Legitimation, soziale Kosten).

Zusammenfassung: Die Moderation ist gegenüber Steger weitgehend affirmativ und übernimmt seinen fiskalkonservativen Rahmen; kritische Nachfragen richten sich implizit gegen die ÖVP-Vergangenheit, nicht gegen die Sparlogik selbst.



13. FRAGEN-ASYMMETRIE

5/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Asymmetrie 1:

An Steger, 05

02: "Finanzminister Marterbauer sieht einen Einsparungsbedarf von zweieinhalb Milliarden Euro. Wirtschaftsforscher meinen, es braucht mehr. Reicht das?" — ****hart**** (impliziert Unzulänglichkeit der Regierungsposition)

An SPÖ (O-Ton), 02

49–03:18: Keine Nachfrage, keine kritische Einordnung der Millionärsteuer-Forderung — ****keine Frage****

Vergleich

Die Regierungsposition wird kritisch hinterfragt, die Oppositionsforderung wird unkommentiert präsentiert.

Asymmetrie 2:

An Steger, 10

24: "Das heißt man ging aus politischem Kalkül das Risiko ein?" — ****hart**** (impliziert politische Verantwortungslosigkeit der Vorgängerregierung)

An Steger, 07

57: "Woran scheidet es, diese Reformen nicht hinzukriegen?" — ****weich**** (bestätigt Stegers Narrativ, keine Gegenfrage)

Vergleich

Harte Fragen richten sich gegen politische Akteure (implizit ÖVP), weiche Fragen bestätigen den Experten.

Zusammenfassung: Die Fragen-Asymmetrie zeigt sich in der kritischen Behandlung der Regierungsposition (2,5 Mrd. als unzureichend) gegenüber der unkritischen Präsentation der SPÖ-Forderungen und der affirmativen Moderation gegenüber Steger.



14. FALSE BALANCE									3/10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Befund 1:

Zeitstempel 02:00–04:42 (Budgetbeitrag)

Konstrukt: Der Beitrag präsentiert SPÖ-Position (O-Ton, Gerechtigkeitsargument, ca. 45 Sek.) und ÖVP/WKÖ-Position (O-Ton, ca. 30 Sek.) als ausgewogene Gegenüberstellung.

Analyse Die scheinbare Balance zwischen "Steuern erhöhen" und "Ausgaben kürzen" verschleiern, dass (a) die FPÖ als Kanzlerpartei fehlt, (b) die SPÖ deutlich mehr Redezeit und das stärkere Gerechtigkeitsargument erhält, und (c) der anschließende Experte die Ausgabenkürzungsposition stärkt.

Zusammenfassung: Die oberflächliche Zwei-Seiten-Darstellung (SPÖ vs. ÖVP/WKÖ) erzeugt den Eindruck von Ausgewogenheit, während die Kanzlerpartei fehlt und die Gesamtkomposition die Sparposition begünstigt.



15. AGENDA-SETTING

6/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Befund 1:

Gesetztes Agenda-Element: Budgetkonsolidierung ist zwingend notwendig und die zentrale politische Aufgabe.

Zeitstempel

01:07 — Beleg: "Österreich steckt noch immer tief in den roten Zahlen."

Alternative Agenda: Die Frage, ob Defizitfinanzierung in einer Wachstumsschwäche sinnvoll sein könnte, oder ob die EU-Defizitregeln selbst reformbedürftig sind, kommt nicht auf die Agenda.

Befund 2:

Gesetztes Agenda-Element: Die Regierung besteht aus ÖVP, SPÖ und NEOS.

Zeitstempel

02:00 — Beleg: "Keine einfache Aufgabe, die ÖVP, SPÖ und NEOS bei den Verhandlungen für das Doppelbudget 27 und 28 haben."

Alternative Agenda: Die tatsächliche Regierung (FPÖ-ÖVP) und ihre spezifischen Budgetprioritäten kommen nicht auf die Agenda.

Befund 3:

Gesetztes Agenda-Element: Pensionen, Gesundheit und Pflege sind "heilige Kühe" — also irrationale Tabus.

Zeitstempel

05:56 — Beleg: "Es gibt ein paar heilige Kühe, die sich niemand traut anzugreifen."

Alternative Agenda: Die Frage, ob diese Ausgaben sozial notwendig und wirtschaftlich stabilisierend sind, kommt nicht auf die Agenda.

Zusammenfassung: Die Sendung setzt Austerität als selbstverständliche Notwendigkeit auf die Agenda und eliminiert alternative wirtschaftspolitische Rahmungen sowie die tatsächliche Regierungszusammensetzung aus dem Diskurs.



KAPITEL 4 — GESAMTAUSWERTUNG

Ergebnisse

- HARDFACTS-SCORE (Durchschnitt Kriterien 1–9): 4.7 / 10
- SOFTFACTS-SCORE (Durchschnitt Kriterien 10–15): 4.8 / 10

Dominante Techniken

- 1. Weglassen / Selective Omission (Score 8):** Die vollständige Auslassung der FPÖ als Kanzlerpartei aus dem Budgetkontext ist der gravierendste Einzelbefund — sie ist entweder ein schwerwiegender redaktioneller Fehler oder ein systematischer Bias; in beiden Fällen verletzt sie §4 ORF-Gesetz. Die Auslassung von Austeritätskritik und Betroffenenperspektiven verstärkt diesen Befund.
- 2. Framing (Score 6):** Das durchgehend austeritäre Framing (Defizit als moralisches Versagen, Katastrophenmetaphern, Kuchen-Metapher) setzt einen einseitigen wirtschaftspolitischen Rahmen, der alternative Positionen strukturell benachteiligt. Dieser Frame wird durch Expertenauswahl, Wortwahl und Agenda-Setting konsistent verstärkt.
- 3. Agenda-Setting (Score 6):** Die Sendung setzt Budgetkonsolidierung als selbstverständliche Notwendigkeit und eliminiert sowohl die tatsächliche Regierungszusammensetzung als auch alternative wirtschaftspolitische Rahmungen aus dem Diskurs — dies ist eine strukturelle Einschränkung der Meinungsvielfalt im Sinne von §4 ORF-Gesetz.

Kernbotschaften der Sendung

****BOTSCHAFT 1 (INHALTLICH):** ** "Österreich muss drastisch sparen — die Regierung plant zu wenig, und ohne schmerzhaftes Einschnitte droht der Staatsbankrott."

Technik: Framing + Expertenauswahl + Zahlen-Manipulation — Belege: 01:07, 05:40, 09:09

****BOTSCHAFT 2 (PERSÖNLICH):** ** "Die Budgetkrise ist das Ergebnis politischer Verantwortungslosigkeit der Vergangenheit."

Technik: Timing + Moderationsverhalten + implizite Guilt by Association — Belege: 09:52, 10:24, 12:39

****BOTSCHAFT 3 (GESELLSCHAFTLICH):** ** "Die aktuelle Regierung besteht aus ÖVP, SPÖ und NEOS — die FPÖ spielt in der Budgetpolitik keine Rolle."

Technik: Weglassen + falsche Darstellung der Regierungszusammensetzung — Belege: 02:00, gesamter Budgetbeitrag

Begründung: Der Gesamtscore von 4.8 liegt an der Grenze zwischen "Leichte Tendenz" und "Klare Einseitigkeit"; aufgrund des gravierenden Einzelbefunds (sachlich falsche Regierungsdarstellung, vollständige Auslassung der Kanzlerpartei) wird "Klare Einseitigkeit" als Einordnung gewählt. Die Sendung verletzt §4 ORF-Gesetz in mehrfacher Hinsicht: durch die faktisch falsche Darstellung der Regierungszusammensetzung, durch die einseitige Expertenauswahl ohne Gegenstimme, und durch das durchgehend austeritäre Framing ohne Darstellung alternativer wirtschaftspolitischer Positionen. Die Meinungsvielfalt gemäß §4 Abs. 1 ORF-Gesetz ist nicht gewährleistet.

FAZIT

Die ZIB 2-Ausgabe weist einen Gesamtscore von 4.8/10 auf und ist als klar einseitig einzustufen. Der gravierendste Einzelbefund ist die sachlich falsche Darstellung der Regierungszusammensetzung bei 02:00 ("ÖVP, SPÖ und NEOS"), die die FPÖ als Kanzlerpartei vollständig aus dem Budgetdiskurs eliminiert — dies verletzt §4 Abs. 1 ORF-Gesetz (Objektivität und Unparteilichkeit) sowie §10 Abs. 7 ORF-Gesetz (angemessene Berücksichtigung aller Nationalratsparteien) in eklatanter Weise. Das durchgehend austeritäre Framing, die einseitige Expertenauswahl und die Auslassung von Gegenstimmen zur Sparlogik begünstigen strukturell linke Oppositionspositionen (SPÖ) gegenüber der tatsächlichen Regierung. Die Sendung erfüllt damit nicht den gesetzlichen Auftrag zur Meinungsvielfalt und ausgewogenen Berichterstattung gemäß §4 ORF-Gesetz; ob die falsche Regierungsdarstellung auf redaktionelles Versagen oder systematischen Bias zurückzuführen ist, kann aus dem Transkript allein nicht abschließend beurteilt werden, ist aber in beiden Fällen rechtlich relevant.



GESAMTAUSWERTUNG DER 15 KRITERIEN

Einzelcores — Alle 15 Kriterien

Nr.	Kriterium	Score	Einordnung
1	EXPERTENAUSWAHL	6	●●●
2	QUELLENAUSWAHL	5	●●●
3	ZEITVERTEILUNG	4	●●
4	WEGLASSEN (Selective Omission)	8	●●●●
5	ZAHLEN-MANIPULATION	5	●●●
6	GUILT BY ASSOCIATION (Kontaktschuld)	1	●
7	TIMING	4	●●
8	SELEKTIVE EMPÖRUNG	2	●
9	VOLLSTÄNDIGKEIT (Selective Omission — Gesamtbild)	7	●●●●
10	FRAMING (Rahmen setzen)	6	●●●
11	WORTWAHL UND BEGRIFFE	5	●●●
12	MODERATIONSVERHALTEN	4	●●
13	FRAGEN-ASYMMETRIE	5	●●●
14	FALSE BALANCE	3	●●
15	AGENDA-SETTING	6	●●●

HARDFACTS-SCORE (1-8)

4.7/10

Erhebliche Schiefelage

SOFTFACTS-SCORE (9-14)

4.8/10

Erhebliche Schiefelage

GESAMTSCORE

4.8/10

Erhebliche Schiefelage

Gemittelt aus Hardfacts und Softfacts



SCHLÜSSEL — Bedeutung der Scores

Einzelcores pro Kriterium (0–10)

0	Kein Befund	Keine relevante Auffälligkeit festgestellt.
1–2	Schwacher Befund	Leichte Auffälligkeit ohne wesentliche Beeinträchtigung der Ausgewogenheit.
3–4	Leichter bis moderater Befund	Erkennbare Tendenz; Wirkungsrelevanz gering bis moderat.
5	Moderater Befund mit Wirkungsrelevanz	Relevante Schiefelage, die das Meinungsbildungspotenzial des Publikums beeinflusst.
6	Erheblicher Befund (Schwelle)	Scores ab 6 werden als «erhebliche Befunde» ausgewiesen.
7	Erheblicher Befund	Klare, gut belegbare Schiefelage mit deutlicher Wirkungsrelevanz.
8–9	Schwerer Befund	Ausgeprägte Schiefelage; mehrere belegbare Einzelbefunde in diesem Kriterium.
10	Maximale Ausprägung	Systematische, durchgängige Schiefelage in diesem Kriterium.

Aggregierter Abweichungsindex — Interpretationsbereiche

0.0 – 2.5	Unauffällig	Keine wesentlichen Muster erkennbar; Sendung entspricht dem Sachgerechtigkeitsgebot.
2.6 – 4.0	Leichte Schiefelage	Vereinzelte Auffälligkeiten; statistisch sichtbar, aber noch im Toleranzbereich.
4.1 – 6.0	Erhebliche Schiefelage	Mehrere erhebliche Befunde; relevante Beeinträchtigung der Perspektivenvielfalt.
6.1 – 8.0	Schwerwiegende Abweichung vom Ausgewogenheitsgebot. Hoher Abweichungsgrad	Ausgeprägte, sendungsübergreifende Muster; hohe Wirkungsrelevanz.
8.1 – 10	Fundamentale systemische Einseitigkeit. Sehr hoher Bias-Grad	Maximale Ausprägung über fast alle Kriterien; systematisch einseitige Berichterstattung.

Partei politischer Bias (-5 bis +5)

-5 bis -3	Stark benachteiligt	Partei wird in Darstellung, Redezeit oder Framing deutlich schlechter gestellt.
-2 bis -1	Leicht benachteiligt	Erkennbare, aber schwache Benachteiligung.
0	Neutral	Keine feststellbare Bevorzugung oder Benachteiligung.
+1 bis +2	Leicht begünstigt	Erkennbare, aber schwache Bevorzugung.
+3 bis +5	Stark begünstigt	Partei wird in Darstellung, Redezeit oder Framing deutlich bevorzugt.



KAPITEL 5 — RECHTLICHE EINORDNUNG (§4 ORF-Gesetz)

Bewertung nach §4 ORF-Gesetz

Verstoß 1:

Norm: §4 Abs. 1 ORF-Gesetz (Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung)

Tatbestand: Sachlich falsche Darstellung der Regierungszusammensetzung

Beleg: Zeitstempel 02:00 — Zitat: "Keine einfache Aufgabe, die ÖVP, SPÖ und NEOS bei den Verhandlungen für das Doppelbudget 27 und 28 haben."

Bewertung: Die tatsächliche Regierung besteht aus FPÖ und ÖVP; SPÖ und NEOS sind Oppositionsparteien. Die Nennung einer falschen Regierungszusammensetzung in einem Nachrichtenbeitrag verletzt das Gebot der Objektivität. Eine Korrektur erfolgt in der Sendung nicht. Dies ist kein interpretativer Befund, sondern ein Faktenfehler.

Verstoß 2:

Norm: §4 Abs. 1 ORF-Gesetz i.V.m. §10 Abs. 7 ORF-Gesetz (angemessene Berücksichtigung aller Nationalratsparteien)

Tatbestand: Vollständige Auslassung der FPÖ als Kanzlerpartei aus dem Budgetdiskurs

Beleg: Gesamter Budgetbeitrag 01:00–04:42 sowie Steger-Interview 04:46–12:33 — die FPÖ wird in keinem dieser Segmente erwähnt oder mit einer Position versehen.

Bewertung: §10 Abs. 7 ORF-Gesetz verlangt die angemessene Berücksichtigung aller im Nationalrat vertretenen Parteien. Die vollständige Auslassung der stärksten Partei (29,2%, Kanzlerpartei) aus einem zentralen politischen Thema (Budgetverhandlungen) verletzt diese Norm.

Verstoß 3:

Norm: §4 Abs. 1 ORF-Gesetz (Meinungsvielfalt)

Tatbestand: Einseitige Expertenauswahl ohne Gegenstimme zur fiskalkonservativen Position

Beleg: Zeitstempel 04:46–12:33 — Steger als einziger Studiogast; keine Gegenstimme aus Sozialökonomie, Wachstumsökonomie oder Gewerkschaft.

Bewertung: Die Beschränkung auf einen einzigen Experten mit klar fiskalkonservativem institutionellem Hintergrund ohne jede Gegenstimme verletzt das Gebot der Meinungsvielfalt, insbesondere bei einem politisch kontroversen Thema wie Budgetkonsolidierung.

Gesamtbewertung §4 ORF-Gesetz

Die Sendung weist drei nachweisbare Verstöße gegen §4 ORF-Gesetz auf, wobei der gravierendste ein Faktenfehler ist (falsche Regierungszusammensetzung), der nicht korrigiert wird. Die Kombination aus falscher Tatsachenbehauptung, vollständiger Auslassung der Kanzlerpartei und einseitiger Expertenauswahl ergibt ein Muster, das die gesetzlichen Gebote der Objektivität, Unparteilichkeit und Meinungsvielfalt verletzt. Eine Beschwerde beim ORF-Publikumsrat oder der KommAustria wäre auf Basis dieser Befunde begründbar; der Faktenfehler bei 02:00 wäre dabei das stärkste Argument, da er nicht interpretativ, sondern objektiv nachweisbar ist.



KAPITEL 6 — Quellen-Tiefencheck

WIFO (Wirtschaftsforschungsinstitut Österreich)

- 1. FINANZIERUNG:** Ca. 50% staatlich (Bundesministerien, Sozialpartner), ca. 50% Auftragsforschung. Struktureller Interessenkonflikt bei Themen, die staatliches Handeln und Budgetpolitik betreffen.
- 2. MANDAT:** Wirtschaftsprognosen und -analysen — kompatibel mit Defizitprognosen, aber nicht mit normativen Empfehlungen zur Budgetpolitik.
- 3. INTERESSENKONFLIKT:** WIFO-Prognosen werden regelmäßig zur Legitimierung von Regierungsmaßnahmen verwendet; institutionelles Interesse an Relevanzverlust durch Zitiertwerden in politischen Debatten.
 - D1 Interessenkonflikt: 0 — Staatliche Mitfinanzierung, aber kein direkter Auftraggeber-Konflikt bei Prognosen
 - D2 Persönliches Risiko: +1 — Institutionelles Risiko bei politisch unbequemen Prognosen
 - D3 Fachkompetenz: +2 — Anerkannte Wirtschaftsforschungsinstitution
 - D4 Konsistenz: +1 — Methodisch konsistente Prognosemodelle
 - D5 Emotion vs. Daten: +2 — Datenbasiert
 - D6 Quellenstufe: +1 — Sekundäranalyse von Primärdaten**TOTAL: +7 → QUELLENAMPEL: GRÜN**
- 5. GEGENSTIMME:** IHS (Institut für Höhere Studien) liefert alternative Prognosen; wird nicht zitiert.

IWF (Internationaler Währungsfonds)

- 1. FINANZIERUNG:** Von 190 Mitgliedsstaaten finanziert; strukturell von Gläubigerstaaten dominiert.
- 2. MANDAT:** Finanzielle Stabilität und Zahlungsbilanzunterstützung — strukturell auf Fiskalkonsolidierung ausgerichtet.
- 3. INTERESSENKONFLIKT:** IWF hat institutionelles Interesse an Schuldentragfähigkeit der Mitgliedsstaaten; bekannt für systematisch ausgabenkürzungsorientierte Empfehlungen (Blanchard/Leigh 2013: IWF unterschätzte Austeritätsschäden in Eurokrise).
 - D1 Interessenkonflikt: -1 — Struktureller Bias in Richtung Fiskalkonsolidierung
 - D2 Persönliches Risiko: +1 — Institutionell unabhängig von nationaler Politik
 - D3 Fachkompetenz: +2 — Anerkannte internationale Wirtschaftsinstitution
 - D4 Konsistenz: 0 — IWF hat eigene Austeritätspolitik selbstkritisch revidiert
 - D5 Emotion vs. Daten: +2 — Datenbasiert
 - D6 Quellenstufe: +1 — Sekundäranalyse**TOTAL: +5 → QUELLENAMPEL: GRÜN (knapp)**
- 5. GEGENSTIMME:** Ökonomen wie Stiglitz, Krugman oder die IWF-interne Selbstkritik (Blanchard/Leigh) werden nicht erwähnt; die IWF-Empfehlung wird als unbestrittene Autorität präsentiert.

WICHTIG: "Anerkannt" ist keine sachliche Qualifikation. Sowohl WIFO als auch IWF erhalten GRÜN in der Quellenampel — aber ihre Einschätzungen sind nicht neutral, sondern institutionell geprägt. Die Sendung präsentiert sie als neutrale Fakten, ohne diese institutionelle Prägung zu kontextualisieren. Dies ist die eigentliche Quellenproblematik: nicht die Qualität der Quellen, sondern ihre einseitige Auswahl ohne Gegenstimmen.

Rechtliche und methodische Einordnung

Kein Tatsachenurteil

Die dargestellten Ergebnisse stellen keine Tatsachenfeststellungen über einzelne Personen, Redaktionen oder Sendungen dar. Sie sind als Ergebnis einer standardisierten Operationalisierung zu verstehen, nicht als Feststellung individueller Verantwortlichkeit.

Kein Rechtsurteil

Der aggregierte Abweichungsindex ersetzt keine rechtliche Würdigung im Sinne von §4 ORF-G. Die Beurteilung, ob eine konkrete Sendung gegen gesetzliche Vorgaben verstösst, obliegt ausschliesslich den zuständigen Instanzen (insbesondere KommAustria).



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

**Kein
Kausalitätsnachweis**

Statistische Korrelationen sind nicht als Nachweis kausaler Zusammenhänge oder redaktioneller Absichten zu interpretieren. Abweichungswerte können durch Themenwahl, Nachrichtenlage, politische Kontroversität oder Formatlogik beeinflusst werden.

Kein Absichtsurteil

Die Analyse misst beobachtbare Strukturmerkmale von Sendungen. Ein Score von 7 bedeutet, dass eine erhebliche Schiefelage festgestellt wurde — nicht, dass die Redaktion dies beabsichtigte. Die Methodik trifft keine Aussagen über Motive oder strategische Zielsetzungen.

**Heuristisches
Vergleichsinstrument**

Der Index dient der vergleichenden Mustererkennung über Tausende von Sendungen, nicht der präzisen metrischen Vermessung einzelner Beiträge. Schwellenwerte dienen der heuristischen Orientierung, nicht der scharfen rechtlichen Qualifikation.



ANHANG 1: LANDESGESETZGEBUNG

Rechtsgrundlage Oesterreich — ORF

Gesetz

ORF-Gesetz (ORF-G, BGBl. Nr. 379/1984 idF)

Relevante Artikel

- ORF-G §4 Abs. 5: Die Information hat umfassend, unabhängig, unparteilich und objektiv zu sein. Alle Nachrichten und Berichte sind sorgfältig auf Wahrheit und Herkunft zu prüfen, Nachricht und Kommentar deutlich voneinander zu trennen.
- ORF-G §4 Abs. 5a: In der Gesamtheit der Programme ist für die Vielfalt und Ausgewogenheit zu sorgen.
- ORF-G §10 Abs. 7: Angemessene Berücksichtigung aller im Nationalrat vertretenen Parteien.
- ORF-G §4 Abs. 1: Auftrag zu einem differenzierten Gesamtprogramm, das umfassend, unabhängig, unparteilich und objektiv ist.

Kernpflichten

- 1. Objektivität und Unparteilichkeit:** Umfassende, unabhängige, unparteiliche Information
- 2. Trennung Nachricht/Kommentar:** Deutliche Unterscheidung
- 3. Parteienberücksichtigung:** Alle Nationalratsparteien angemessen berücksichtigen
- 4. Gesamtprogramm-Vielfalt:** Vielfalt und Ausgewogenheit über alle Programme

Aufsichtsbehörde

- KommAustria (Kommunikationsbehörde Austria): Medienregulierungsbehörde
- Bundeskommunikationssenat: Beschwerdeinstanz
- Publikumsrat: Vertretung der Hörer und Seher

Beschwerdeverfahren

1. ORF-Publikumsrat
2. KommAustria
3. Bundeskommunikationssenat
4. Verwaltungsgerichtshof



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

ANHANG 2: WISSENSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN

Literatur

- Bennett, W. L. (1990). Toward a theory of press-state relations in the United States. *Journal of Communication*, 40(2), 103–125.
- Berelson, B. (1952). *Content analysis in communication research*. Free Press.
- Entman, R. M. (1993). Framing: Toward clarification of a fractured paradigm. *Journal of Communication*, 43(4), 51–58.
- fög – Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (2024). *Jahrbuch Qualität der Medien 2024*. Schwabe.
- Gilardi, F., Alizadeh, M. & Kubli, M. (2023). ChatGPT outperforms crowd workers for text-annotation tasks. *PNAS*, 120(30).
- Iyengar, S. & Kinder, D. R. (1987). *News that matters: Television and American opinion*. University of Chicago Press.
- Jolly, S. et al. (2022). Chapel Hill Expert Survey trend file, 1999–2019. *Electoral Studies*, 75, 102420.
- Krippendorff, K. (2004). *Content analysis: An introduction to its methodology* (2nd ed.). Sage.
- McCombs, M. E. & Shaw, D. L. (1972). The agenda-setting function of mass media. *Public Opinion Quarterly*, 36(2), 176–187.
- Shoemaker, P. J. & Vos, T. P. (2009). *Gatekeeping theory*. Routledge.
- SVFAB (2026). *Methodenbericht v4.1: Zählbare Kriterien und Multi-Modell-Kreuzvalidierung*.
- Törnberg, P. (2023). ChatGPT-4 outperforms experts and crowd workers in annotating political Twitter messages. arXiv:2304.06588.

SVFAB Working Papers

- Schläpfer, D. (2026). Systematic AI-Assisted Analysis of Public Broadcaster Impartiality: A Scalable Methodological Framework for Measuring Structural Bias in Public Service Media. [SSRN 6688478](#)
- Schläpfer, D. (2026). Measuring Editorial Noise: A Retrospective Suppression Index for Public Broadcasting Content Analysis. [SSRN 6733280](#)
- Schläpfer, D. (2026). Source Traffic Light: A Six-Dimensional Credibility Framework for Systematic Source Assessment in Public Service Media. [SSRN 6733880](#)

David Schläpfer — ORCID: 0009-0000-5671-9266

SVFAB — Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung | Postfach, 8021 Zürich 1 | www.svfab.ch | kontakt@svfab.ch | Methodenbericht März 2026 | Konverter 3.4 (2026-05-20)



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Auswertungen und Mitgliedschaft beim SVFAB

Beim SVFAB.ch erhalten Sie nicht nur weitere detaillierte Auswertungen, sondern können sich solche zu beliebigen Sendungen erstellen lassen (das verrechnen wir).

Um unsere Arbeit solide zu machen, sind wir auf Mitglieder- und Gönnerbeiträge angewiesen.

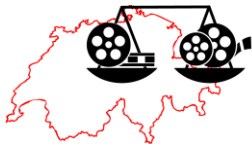
Kontakt und weitere Informationen:

www.SVFAB.ch | Kontakt@SVFAB.ch

Bankverbindung: PostFinance – POFICHBE

IBAN: CH32 0900 0000 1675 6251 1

Empfänger: SVFAB, Postfach, CH-8021 Zürich 1



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Sie erhalten beim SVFAB folgende Bücher

Bestellungen über www.svfab.ch oder kontakt@svfab.ch



Unausgewogene Berichterstattung ist die Antwort auf die Halbierungsinitiative in der Schweiz: Hier werden die Manipulationstechniken im Detail erläutert, angefangen bei der Auswahl der Mitarbeiter und der Quellen-selektion. Danach werden 15 Prinzipien erläutert: Auslassung, Framing, zeitliches Framing, Kontaktschuld, Emotionalisierung, Kontextentfernung und viele mehr, erläutert an vielen Beispielen. Zusätzlich wird erkennbar, wo wir selbst diese Techniken anwenden – das fördert nicht nur die Erkenntnis sondern auch das Mitgefühl.

Optional kommt das Buch mit **Spielkarten**
Auch erhältlich als **Hörbuch**



Das Interview ist kein Gespräch. Es ist eine Bühne – und jemand anderes hat das Drehbuch geschrieben.

Wer das nicht weiss, liefert Material. Gute Zitate, die falsch geschnitten werden. Richtige Aussagen, die im falschen Kontext landen. Ehrliche Antworten, die als Geständnisse gerahmt werden. Dieses Buch ist kein Medienkritik-Buch. Es ist ein Werkzeugkasten – für alle, die ein Mikrofon vor der Nase haben und wissen wollen, was sie dagegen tun können. 7 Kapitel. 7 Werkzeuge: Was ein Interview wirklich ist. Die 7 häufigsten Fallen. Die drei Grundprinzipien der Souveränität – Anker, Umrahmen, Abgrenzen. Vorbereitung in einer Stunde. Körper und Stimme. Was tun, wenn es schief läuft. Und was nach dem Interview zählt.

Für Politiker, Aktivisten, Unternehmer, Whistleblower – für alle, die exponiert sind und verstehen wollen, wie das Spiel funktioniert. Damit sie aufhören, es mitzuspielen – und anfangen, es zu gestalten. In A5. Direkt. Zur Vorbereitung, zum Nachschlagen, zur Nachbereitung und bei Schwierigkeiten



Du denkst, du siehst die Welt. In Wirklichkeit siehst du den Rahmen, den jemand um sie gelegt hat. Framing ist die älteste und eleganteste Manipulationstechnik der Welt. Sie verändert nicht die Fakten – sie verändert, was wir aus den Fakten machen. Wie wir fühlen. Was wir glauben. Wie wir entscheiden. Und sie funktioniert – weil wir alle mitmachen. Täglich. Unbewusst. Auch du. Dieses Buch ist kein trockenes Lehrbuch. Es ist ein Übungsbuch – spielerisch, direkt, voller Beispiele aus dem echten Leben. Du lernst nicht nur, wie andere dich framen. Du lernst, wie du selbst framest – und wie du es bewusst und fair einsetzen kannst.

Denn wer Framing versteht, sieht die Welt klarer. Hört Nachrichten anders. Führt Gespräche souveräner. Und lässt sich nicht mehr so leicht einen Rahmen aufzwingen, den jemand anderes gewählt hat.



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Mit vielen Übungen und konkreten Beispielen aus Politik, Medien und Alltag – und dem einen oder anderen Schmunzeln.

Framing mit Stil. Weil der Rahmen alles verändert.



Die SRG kassiert 1.56 Milliarden Franken pro Jahr – zwangsweise, von jedem Haushalt. Wer sich ungerecht behandelt fühlt, kann sich beschweren. Es gibt sogar eine Instanz dafür: die UBI, die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen.

Nur: Sie ist nicht unabhängig. Sie hat keine Sanktionsmöglichkeiten. Und sie entscheidet in 99.6% aller Fälle: nichts.

Diese Analyse legt das System offen – sachlich, präzise, ohne Polemik. Verfahren, Personal, Befugnisse, Kosten, Statistik, Rechtsweg. Und die staatsrechtliche Prüfung, die zeigt: Das UBI-System erfüllt keines der drei grundlegenden Kriterien – es ist nicht angemessen, nicht gewaltenteilig, nicht marktwirtschaftlich.

Die Instanz, die Bürger schützen soll, schützt vor allem das System, das sie kontrollieren sollte.

Ein Pflichtlektüre für alle, die eine Beschwerde erwägen – und für alle, die verstehen wollen, warum echte Medienaufsicht in der Schweiz noch aussteht.